

# Preussischer Landtag

Berlin, den 30. Jan. (Eig., Ber.)

SPD. In der am Donnerstag im Preussischen Landtag fortgesetzten grossen Aussprache über den Wohlfahrtsetat erklärte

Abg. Schmiljan (Dem.), dass in der Volkswohlfahrt Reich, Kommunen und Staat zusammenarbeiten müssten. Bei der Bedeutung des Wohlfahrtsetats seien Abstriche aus Ersparnisgründen ausserordentlich bedenklich. Die Jugendfürsorge müsse ausgebaut werden, denn das Deutsche Volk sei im gewissen Sinne überaltert. Das In= nungskrankenkassenwesen sei durch Verhinderung der Gründung zu kleineren Kassen leistungsfähig zu erhalten.

Abg. Leonhardt (Wirtsch.-P.) meint, wen man sparen wolle, solle man bei den höheren Verwaltungsstellen anfangen. Die altbewährte private Wohlfahrtspflege sei nicht zu entbehren. Die Krankenkassen schienen in erster Linie an das Unterbringen möglichst vieler Parteiangehörigen zu denken. Die Wirtschaftspartei sei nicht Gegnerin der Wohlfahrtspflege, aber sie wünsche erträgliche Soziallasten für die Wirtschaft.

Ministerialdirektor Dr. Schopohl erklärt, dass der Landesgesundheitsrat die Möglichkeit prüfe, angesichts des Rückgangs der Seuchen erlassende Schutz= vorschriften aufzuheben. Zum Hebammengesetz soll die vorliegende Novelle zum Gewerbegesetz abgewartet werden. Gegen den öffentlichen Verlauf von Präventiv= mitteln durch Automaten habe der Minister entschiedene Stellung genommen.

Abg. Schmitt -Limburg (Chr.-nat. Bauernb.) bezeichnet die Schaffung eines Arbeitsdienstjahres zur Erziehung der Jugend als unbedingt notwendig. Der Gebur= tenrückgang sei eine Folge der schlechten Wirtschaftslage, aber auch starken Ausbreitung der Frauenerwerbsarbeit.

Abg. Haake (Nat. Soz.) meint, der Wohlfahrtsetat sei ein Spiegelbild der Un= fähigkeit nachrevolutionärer Regierungen. Man müsse nicht an der Volkswohlfahrt, sondern zuerst an den Ministergehältern sparen. (Zuruf bei den Soz.: Gilt das auch für den Minister Fricke - Thüringen?) In Thüringen würden die National= sozialisten schon zeigen, wie man die Diktatur auf legalem Wege erkämpft. (La= chen links.)

Zum zweiten Abschnitt des Wohlfahrtsetats "allgemeine Volkswohlfahrt" nimmt das Wort:

## Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer:

Bei der Pflege der allgemeinen Volkswohlfahrt liegt uns besonders die Sorge für die erwerbstätige Mutter am Herzen. Mütterberatung, Schulung, Erholung und Eheberatung sind wesentlich ausgebaut und werden weiter gefördert. Auch die Kinderfürsorge, wie Kindergartenwesen und Kinderspeisung, haben viel Segen gestiftet. Ich bitte, um die letztere nicht zu gefährden, die dafür im Hauptaus= schuss geforderten Mehrbeträge zu bewilligen. Die vielfachen Fehler in der Zu= sammensetzung der Jugendämter sollen bei der Neuwahl derselben beseitigt werden. Die Zusammenarbeit mit der freien Jugendpflege war reibungslos und ist unent= behrlich. Es ist einer der wichtigsten Grundsätze des Jugendwohlfahrtsgesetzes, dass öffentliche und freie Jugendpflege gleichberechtigt sind. Auch in der Pflege der schulentlassenen Jugend ist trotz nicht ausreichender Mittel das Mög= lichste getan, vor allem in der Förderung des Sportes. Mit Unterstützung des Handels- und Kultusministeriums sind in den Berufsschulen Leistungsmessungen ver= anstaltet worden, um deren Methodik zu erforschen. Das meiner Obhut unterstehen= de Museum für Leibesübungen erfreut sich unserer besonderen Fürsorge.

Zur weiblichen Jugendpflege ist zu sagen, dass die Berufsarbeit der Frauen zugenommen hat. Leider mehren sich sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande die Zerfallerscheinungen in den Familien. Hier haben weibliche Jugend- und Berufsvereine wichtige Aufbauarbeit zu verrichten. Auch die Zahl der Bezirks=

und Kreisjugendpflegerinnen sind vermehrt worden. Durch die Entwicklung der Wohlfahrtsschulen eröffnen sich neue Arbeitsgebiete. Nachschulkurse für Fürsorger und Sozialbeamte haben in fast allen Landesteilen stattgefunden. Mit den anderen deutschen Ländern soll ein Erfahrungsaustausch eingerichtet werden.

Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge hat wegen der traurigen Finanzlage nicht der Entwicklung des Arbeitsmarktes angepasst werden können. So ist die Reichsüberweisung gekürzt und zwangsläufig auch der preussische Fonds herabgesetzt. Immerhin konnten wir im laufenden Haushaltsjahr im ersten Vierteljahr täglich 53 000 Arbeitslose und im zweiten Vierteljahr 37 000 Arbeitslose beschäftigen. Auch der Bau von Landarbeiterwohnungen und Eigenheimen konnte gefördert werden. Mit Sorge sehen wir auf die wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Durch das Arbeitslosenversicherungs-Gesetz von 1927 belasten die arbeitswilligen Erwerbslosen, die der Wohlfahrtspflege zur Last fallen, die Gemeinden in beträchtlicher Masse. Die Zahl der durch die Krisenfürsorge Betreten war keiner grossen Schwankung unterworfen.

Der Minister geht sodann auf die Krankenversicherung ein. Danach sei das Ministerium besonders durch Beschwerden über Neuerrichtung von Innungskassen in Anspruch genommen worden. Erfreulicherweise rate jetzt das Handwerk selbst von der Gründung von Zwergkassen ab. Entscheidend sollten bei Neugründungen die Leistungsfähigkeit der Kassen sein. Er sei aber nicht in der Lage, den Beschwerden von Ortskrankenkassen auf sofortige Verhinderung solcher Neugründungen zu entsprechen. In Remscheid habe er aber die Errichtung einer Innungskasse verhindern müssen. Die über die Geschäftsführung von Ortskrankenkassen eingelaufenen Beschwerden hätten sich im wesentlichen als völlig unberechtigt erwiesen. Gegenüber den Betriebskrankenkassen seien bei den Ortskrankenkassen die Verwaltungskosten besonders niedrig, ja diese hätten sogar prozentual die niedrigsten Verwaltungskosten.

Zum Schluss äussert sich der Minister noch über die Fürsorgerziehung. Erfreulicherweise halte der Rückgang der Neuüberweisungen an. Die Angriffe gegen die Fürsorgeerziehung hätten zwar nicht aufgehört, seien aber sachlicher geworden. Im Einklang mit der modernen Erziehungswissenschaft habe er die körperliche Züchtigung in den Erziehungsanstalten für Mädchen jeden Alters und für die schulentlassenen und noch nicht achtjährigen Jungen beseitigt. Für die acht- bis vierzehnjährigen Jungen sollen die Grundsätze Anwendung finden, die für die Schulen gelten. Gleichzeitig solle den Zöglingen das Recht der Beschwerde zustehen. Er sei zwar nicht für den sozialdemokratischen Antrag, die Fürsorgeerziehung auf die Jugendämter der Stadt- und Landkreise zu übertragen, wünsche aber doch stärkere Heranziehung dieser Instanzen. Entscheidend werde aber immer die Persönlichkeit des Erziehers bleiben. (Beifall links und in der Mitte).

Abg. Frau Christmann (Soz.): Die in den Etat eingestellten Mittel sind völlig ungenügend. Die Ersparnisse an diesem Etat müssen sich später für den gesamten Etat bedenklich auswirken. Da nach der Erklärung des Herrn Ministers die eingesetzten 600 000 Mark für Kinderspeisung viel zu gering sind, erwarten wir, dass das Plenum ebenso wie der Ausschuss unserm Antrag auf Erhöhung dieser Position um 400 000 Mark zustimmt. Dafür sollte besser an anderen Etats gespart werden. Die Aufwendungen für Rennsport, die Zuwendungen an reaktionäre Reitervereine und die Aufwendungen für akademischen Reitunterricht halten wir für völlig überflüssig und sollten besser zur Hebung der Volksgesundheit verwendet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ein besonders trauriger Beweis für den schlechten Gesundheitszustand des Volkes ist die Tatsache, dass die Sterblichkeitsziffer 1929 die des Inflationsjahres 1923 noch übertrifft. Besonders zugenommen hat die Tuberkulose unter den Kindern, ebenso Rückgratschwäche = und verkrümmungen, die ein weiterer Beweis für die zunehmende Unterernährung grosser Volksteile sind. Durchschnittliche Gewichts- und Längenmasse der Kinder sind völlig unbefriedigend. Am grössten

aber ist wohl die Not der Landarbeiterkinder, besonders in Pommern, Schlesien und Ostpreussen.

Als wirksame Bekämpfung der Tuberkulose fordern wir neben dem Ausbau der Säuglings- und Kinderfürsorge die Bekämpfung der Wohnungsnot und gründliche Durchführung der Schulzahnpflege. Besonders bei der letzteren sollte man sich die Massnahmen des Professors Dr. Kantorowicz-Bonn zum Vorbild nehmen.

Mit aller Energie sollte man das Staatsministerium schleunige Verabschiedung eines Reichshebammengesetzes fordern. Für die über 60 Jahre alten Hebammen muss durch ausreichende Versorgung eine Sicherung geschaffen werden. Ebenso sind mehr als bisher die Krüppel- und Blindenfürsorge zu fördern.

Der beklagenswerte Geburtenrückgang findet seine Begründung in der wirtschaftlichen Not unserer Zeit. Trotzdem muss festgestellt werden, dass im Durchschnitt Arbeiterfamilien mehr Kinder haben als wohlhabende Kreise. Bei diesen ist das Zweikindersystem längst eingeführt. Wir müssen es also als Heuchelei empfinden, wenn gerade der arbeitenden Bevölkerung zugemutet wird, noch mehr für Nachwuchs zu sorgen. Jedenfalls sind Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Wohnungsnot, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirksamere Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs als alle offiziellen Anerkennungsurkunden für kinderreiche Familien. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ein besonders Kapitel sind die Geschlechtskrankheiten, die dank der Wohnungsnot und anderer sozialer Erscheinungen des wirtschaftlichen Niedergangs leider auch bei den Schulkindern sehr häufig sind. Auch hier muss das Ministerium mit allen Mitteln energisch und zielbewusst zur Bekämpfung dieser traurigen Erscheinung beitragen.

Zum Schluss sei den Herren, die den berüchtigten Paragraph 218 aus moralischen und bevölkerungspolitischen Gründen für notwendig halten, gesagt, dass wir ihn künftig ebenso wie vorher als den schlimmsten Klassenparagraphen des Strafgesetzbuches bekämpfen werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Graf von Posadowsky (Dt. Fraktion) macht für die Verelendung des Volkes die Inflation durch die Amerikaner und vor allem durch Stinnes verantwortlich. Man müsse einen Untersuchungsausschuss einsetzen, um die Schuldigen zu ermitteln und zu verurteilen.

Abg. Ruffer (Dtn.) schildert die Umgebung, aus der die Fürsorgezöglinge kommen. An der konfessionellen Fürsorge dürfte unter keinen Umständen gerüttelt werden.

Weiterberatung Freitag 12 Uhr.

---

### Landtags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 30. Januar (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurde am Donnerstag die grosse Aussprache über den Wohlfahrtsetat für 1930 fortgesetzt. Dabei bezeichnete die Abg. Frau Christmann (Soz.), die in diesem wichtigen Etat eingestellten Mittel als völlig ungenügend. Ersparnisse an diesem Etat seien später für den Gesamtetat ausserordentlich bedenklich. Doch sei zu hoffen, dass das Plenum ebenso wie der Ausschuss dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen wird, die mit 600 000 Mark eingesetzte Position für Kinderspeisung um weitere 400 000 Mark zu erhöhen. Die hohen Sterblichkeitsziffern für 1929, die die des Inflationsjahres von 1923 noch übertreffen, sind recht bedenkliche Erscheinungen. Die Ebenso wie die Zunahme der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten unter den Kindern ein Beweis für die Verelendung weiter Volksschichten durch die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage sind. Auch der Geburtenrückgang findet hier seine Erklärung und angesichts

der Tatsache, dass im Durchschnitt Arbeiterfamilien immer noch mehr Kinder haben als wohlhabende Kreise, die schon längst das Zweikindersystem eingeführt haben, ist es eine Heuchelei, der Arbeiterschaft zuzumuten, für Nachwuchs zu sorgen. Jedenfalls sind Bekämpfung der Wohnungsnot, Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wirksamere Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückganges als alle Anerkennungsurkunden für die Kinderreichen. Gegenüber denjenigen, die den berüchtigten § 218 aus angeblich moralischen und bevölkerungspolitischen Gründen für notwendig halten, konnte die Rednerin kurz und bündig erklären, dass die sozialdemokratische Partei ihn nach wie vor als den schlimmsten Klassenparagrafen des Strafgesetzbuches bekämpfen wird.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer gab zum zweiten Abschnitt seines Etats "allgemeine Volkswohlfahrt" ein Bild von der umfangreichen Arbeit seines Ministeriums auf dem Gebiete der Fürsorge für die erwerbstätige Mutter, die Kinder und über die Jugendpflege. Nach seinen Feststellungen mehren sich sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande die Zerfallserscheinungen in den Familien. Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge habe wegen der traurigen Finanzlage nicht der Entwicklung des Arbeitsmarktes angepasst werden können. Trotzdem aber die Reichsüberweisung gekürzt und der preussische Fonds zwangsläufig herabgesetzt werden musste, sei doch im ersten Vierteljahr des laufenden Etatsjahres die Möglichkeit vorhanden gewesen, täglich 53 000 Arbeitslose und im zweiten Vierteljahr 37 000 zu beschäftigen. In beträchtlicher Masse habe aber die Belastung der Gemeinden durch diejenigen Erwerbslosen zugenommen, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege anheimgefallen sind. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung habe sich sein Ressort besonders mit den Beschwerden über Neuerrichtung von Innungskassen beschäftigen müssen. Erfreulicherweise sei jetzt das Handwerk selbst gegen die Gründung von Zweigkassen. Entscheidend solle bei Neugründungen die Leistungsfähigkeit der Kasse sein. Interessant waren seine Feststellungen, dass Beschwerden über die Geschäftsführung von Ortskrankenkassen sich meistens als völlig unberechtigt erwiesen haben. Nach seiner Darstellung haben die Ortskrankenkassen sogar die niedrigsten Verwaltungskosten.

In Bezug auf die Fürsorgerziehung erklärte der Minister, dass er in Einklang mit der modernen Erziehungswissenschaft die körperliche Züchtigung in den Erziehungsanstalten für Mädchen jeden Alters und für die schulentlassenen Jungen und für solche bis zu acht Jahren verboten habe. Für die Knaben von 8 - 14 Jahren sollen dagegen die Grundsätze Anwendung finden, die für die Schulen gelten. Ebenso soll künftig den Zöglingen das Recht der Beschwerde zustehen. Dieses Vorgehen des Ministers ist zu begrüßen, und beseitigt Uebelstände, die bei allen Etatberatungen berechtigten Anlass zur Klage gaben.

Im Verlauf der Debatte erheiterte der Abg. Leonhardt von der Wirtschaftspartei das Haus durch eine unerschöpfliche Fülle von Stilblüten, die er gewissenhaft von einem sorgfältig vorbereiteten Manuskript verlas. Der Bauernbündler Schmitt-Limburg sah das Allheilmittel zur Erziehung der Jugend in der Schaffung eines Arbeitsdienstjahres und machte die Frauenerwerbsarbeit für den Geburtenrückgang verantwortlich. Natürlich sah der Nationalsozialist Haake die Rettung in der nationalen Diktatur und in seinem Auftreten, angeregt durch die Ministerschaft seines Parteifreundes Frick in Thüringen, fühlte er sich so stark, als ob Deutschland unmittelbar vor der Ausrufung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stünde. Der 85jährige Aufwertler Graf Posadowsky sah in der Inflation und in deren Urheberern wie Stinnes usw. die Grundursache für die Verelendung des Volkes und forderte allen Ernstes einen Untersuchungsausschuss, damit die Schuldigen endlich zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die Weiterberatung findet am Freitag, den 31. Januar mittags 12 Uhr statt.



## Behördliche Förderung der Arbeitslosigkeit.

### Leistungen der Reichswehrstellen und des Sparkommissars.

SPD. Es gibt verschiedene Arten von Arbeitslosigkeit: konjunkturelle, saisonale, technologische, natürliche wie z.B. echte berufsmäßige Arbeitslosigkeit und schliesslich auch noch künstlich geschaffene Arbeitslosigkeit. Zu dieser gehören die unbegründeten Stilllegungen und viele Entlassungen, mit deren Hilfe nur das Betriebsrisiko auf die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung abgewälzt wird; hierher gehört aber auch die Arbeitslosigkeit, die durch den Unverstand und die Schlamperei von Behörden herbeigeführt wird. Den Reichswehrbehörden gebührt der Ruhm, in der behördlichen Förderung der Arbeitslosigkeit an der Spitze zu marschieren.

Im November wurde von der Abteilung V 2 des Reichswehrministeriums eine Verfügung herausgegeben, worin die Dienststellen der Heeresunterkunftsamter angewiesen wurden, mit den Haushaltsmitteln aus Kap.7 Titl.16 sparsam zu wirtschaften und, falls die Mittel nicht ausreichten, Arbeiter zu entlassen. Man war sich in dieser Abteilung darüber klar, dass etwa 600 - 700 Personen zur Entlassung kommen. Die Arbeit soll künftig von Soldaten erledigt werden. Aus einer ganzen Anzahl von Orten ist den Gewerkschaften bereits gemeldet worden, dass den Arbeitern gekündigt wurde - in Berlin allein 150 Leuten. Von der Verfügung haben Arbeiterreferat und Hauptbetriebsrat erst Kenntnis erhalten, nachdem die Entlassungen bereits im Gange waren. Die im Betriebsrätegesetz der Arbeiterschaft gewährleisteten Rechte und ebenso die im Tarifvertrag niedergelegten Bestimmungen sind nicht beachtet worden. Nach dem Tarifvertrag dürfen z.B. Leute, die bereits 10 Jahre in einem Reichsbetrieb tätig waren, nicht ohne Zustimmung der obersten Verwaltungsbehörde entlassen werden. Es müsste also in jedem Einzelfall die Zustimmung zur Entlassung eines über 10 Jahre im Dienst befindlichen Arbeiters eingeholt werden. Ebenso müsste bei unvermeidlichen Entlassungen, wie sie hier nicht in Frage kommen, mindestens die von dem früheren Reichswehrminister unter dem 23. Dezember 1920 herausgegebene Verfügung massgebend sein, wonach in der Auswahl der zur Entlassung kommenden Arbeiter die wirtschaftliche Lage sowie das Lebens- und Dienstalter des Einzelnen zu berücksichtigen sind. All das ist nicht geschehen. Im Reichswehrministerium gibt man sich mit solchen Kleinigkeiten nicht ab. Man geht dort grosszügig vor und macht sich wenig Sorgen, wenn der Arbeitslosenarmee nun noch ein paar hundert weitere Rekruten einverleibt werden.

Dem Reichswehrministerium sind im Etatjahr 1929 für das Kap.7 Titl.16 insgesamt 14 082 290 Mark bewilligt worden. Bei diesem Titel handelt es sich um Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Feuerversicherung, Mieten und sonstige hauswirtschaftliche Kosten. Entlohnt werden davon etwa 2 100 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bedauerlicherweise wird der Lohn dieser Leute im Etat nicht gesondert aufgeführt. Im vorjährigen Etat erschien nur ein Mehr von 341 120 Mark infolge Erhöhung der Arbeiterlöhne. Diese wurden im vorigen Jahr jedoch um höchstens 4 Pfennig pro Stunde erhöht, woraus sich unmöglich 341 120 Mark, sondern höchstens 220 000 Mark ergeben. Trotz des Mehrbetrages für den Lohn im Etat werden jetzt die Leute, für die der Reichstag das Geld bewilligte, auf die Strasse geworfen.

Muss das alles sein? Im Reichswehrministerium ist man um Gründe nicht verlegen. Man hat es dort bei Ausreden sehr leicht; denn kein Etat ist so undurchsichtig wie der des Reichswehrministeriums. Diesem unwürdigen und unhaltbaren Zustand muss vom Reichstag ein Ende gemacht werden. Die Arbeiterlöhne müssen in den einzelnen Etatkapiteln des Reichswehrministeriums künftig getrennt nach Arbeitnehmerzahl und Lohnsumme aufgeführt werden. Vom Reichswehrminister aber darf man verlangen, dass er zu seinem Wort steht, das er bei der Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern im Frühjahr des vergangenen Jahres gegeben hat. Der Minister und der General Schleicher haben damals gegenüber den Gewerkschaftsvertretern erklärt: "Wenn Sie irgendwelche Wünsche haben, dann wenden Sie sich nur an uns; wir haben die Zügel fest in der Hand." Uns erscheint ein noch strafferer Anziehen der Zügel gegenwärtig dringend notwendig. In einem Ministerium, wo die Beamten mit Vorliebe den "Fridericus" lesen und wo im Hause des Ministers die Mittelstufe auch heute noch für "Seine Majestät" gesperrt ist, können die Zügel garnicht straff genug angezogen werden.

Wo der Unverstand der Reichswehrbehörden nicht hinreicht, da beeilt sich der Sparkommissar in der Förderung der Arbeitslosigkeit nachzuhelfen. Auf sein Geheiß sollen in den nächsten Wochen im Bereich der Reichsmarine=Leitung 155 Personen abgebaut werden. Auch hier handelt es sich um Arbeiter, die mehr als 10, teilweise sogar 20 Jahre und darüber im Dienst des Reichswehrministeriums gestanden haben. Der Sparkommissar schreckte nicht davor zurück, Leute aus den Betrieben hinauszuerwerfen, die nachweislich der Behörde Geld eingebracht haben.

Schlechte Beispiele von oben sind wirklich überflüssig. Was nützen die schönsten Verfügungen des Reichsarbeitsministers zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, wenn hohe Behörden sich nach Kräften bemühen, Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Es handelt sich bei den Entlassungen keineswegs um Arbeitsmangel, und deshalb kann der behördliche Arbeiterabbau unmöglich ruhig hingenommen werden. Wenn der Sparkommissar seine Daseinsberechtigung nachweisen will - er kostet die Kleinigkeit von 900 000 Mark - dann soll er den Dienststellen des Reichswehrministeriums besser auf die Finger sehen, damit sie nicht Geld verschwenden, mit dem man Arbeit und Brot schaffen kann.

---

SPD. In Stettin haben die Kommunisten zwei neue Pleiten erlitten. Bei den Delegiertenwahlen in der Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes für die örtliche Generalversammlung haben sie trotz der in Stettin herrschenden grossen Arbeitslosigkeit von den 123 zu wählenden Delegierten sich nur einen einzigen sichern können. Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung des Stettiner Konsum-Sparvereins haben sie von den insgesamt zu wählenden 240 Vertretern nur 25 auf ihre Liste vereinigen können. In der vorigen Vertreter-Versammlung hatten sie 24 Sitze. Neu angegliedert wurde der Bezirk Tornow mit 7 Sitzen - schon stets eine KPD-Hochburg. Die Kommunisten haben also in den übrigen Bezirken 6 Sitze eingebüsst.

---

SPD. Bei der Wahl der neuen Ortsverwaltung des Fabrikarbeitervorbandes, Zahlstelle Waldheim, wurden mit 2/3 bis 3/4-Mehrheit nur Sozialdemokraten in die Ortsverwaltung gewählt. Die KPD ging vollständig leer aus.

---



## Illegale Miete.

(Wie kann man sie rückgängig machen?)

SPD. Tausend und abertausend Familien in Deutschland zahlen eine illegale Miete d.h. eine weit höhere Miete als das Gesetz vorschreibt. Es zeigt sich immer wieder, dass Hauseigentümer die Genehmigung zum Wohnungsaustausch von besonderen Bedingungen abhängig machen und vielfach die Absicht eines Tausches verzögern oder sogar vereiteln. In der Regel geht der Vermieter darauf aus, dass ihm der Mieter eine höhere Miete bewilligt als er sie bisher erhalten hat. Um eine Schädigung der beteiligten Tauschlustigen zu vermeiden, müssen folgende Gesichtspunkte beachtet werden, wobei es sich, wie besonders bemerkt wird, ausschliesslich um den Tausch von Altwohnungen handelt.

Der Tausch bedarf der Genehmigung der zuständigen Wohnungsämter und Eigentümer. Lediglich in solchen Gemeinden, welche auf Grund der preussischen Lockerungsverordnungen als "wohnungsmangelfrei" gelten, ist nur die Genehmigung des Eigentümers notwendig. Versagt ein Eigentümer die Genehmigung, so können die Tauschlustigen das Mieteinigungsamt anrufen.

Durch einen Wohnungstausch, bei welchem das Mieteinigungsamt die Zustimmung des Vermieters ersetzt hat, tritt der einziehende Mieter in die Rechte und Pflichten des abziehenden Mieters ein. Handelt es sich um reine Geschäftsräume, so kann die Zustimmung zum Tausch nicht durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden. Bei Räumen, die sowohl Wohn- wie Geschäftszwecken dienen (z.B. Läden mit Wohnungen) kann die Zustimmung des Vermieters zum Tausch durch das Mieteinigungsamt nur ersetzt werden, wenn der Geschäftszweck hinter dem Wohnzweck wesentlich zurücktritt. Verweigert das Wohnungsamt die Genehmigung zum Tausch, so kann auch dessen Genehmigung durch den Spruch des Mieteinigungsamtes ersetzt werden.

Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt wegen Ersetzung der Erlaubnis des Eigentümers zum Tausch wird in der Regel - je nach Lage des Falles - mehrere Wochen dauern. Gerade diese Tatsache bestimmt manchen Mieter, einer an sich unberechtigten höheren Mietzinsforderung des Eigentümers zuzustimmen, weil durch eine solche Verzögerung u.u. die Tauschmöglichkeit zunichte gemacht wird. Nicht zuletzt spielen für die Bewilligung der höheren Miete manchmal auch psychologische Gründe eine Rolle. Der Mieter befürchtet, bei einer Anrufung des Mieteinigungsamtes den Unwillen des Vermieters zu erregen. Hat der Mieter im Interesse der schnellen Ermöglichung des Tausches einer höheren Mietzinsforderung zugestimmt, so kann er späterhin unter Berufung auf § 1 Reichsmietengesetz dem Vermieter schriftlich mitteilen, dass er vom nächstzulässigen Termin ab nur die gesetzliche Miete zahlen will. Diese Erklärung muss schriftlich (möglichst im eingeschriebenen Brief) abgegeben sein. Sie hat die Wirkung, dass an die Stelle der vereinbarten Miete die gesetzliche Miete tritt (Friedensmiete + gesetzliche Zuschläge + evtl. Umlagen). Ist die Miete nach Jahren bemessen, so gilt die spätestens am dritten Werktag eines Vierteljahres abgegebene Erklärung vom nächsten Vierteljahrsersten ab. Bemisst sich die Miete nach Monaten, so gilt die bis zum 15. eines jeden Monats abgegebene Erklärung vom nächsten Monatsersten ab. Bezüglich der Wirkung der vom Mieter abgegebenen Erklärung kommt es nicht darauf an, an welchem Termin die Miete gezahlt

wird (z.B. monatlich, vierteljährlich), sondern wie sie bemessen ist (z.B. Monatsmiete, Jahresmiete). Hinsichtlich der bis zum Wirksamwerden dieser Erklärung auf Grund der Vereinbarung gezahlten höheren Miete hat der Mieter jedoch keinen Rückforderungsanspruch.

Die Aufrechterhaltung des § 1 des Reichsmietengesetzes ist besonders von Hausbesitzerseite bei den parlamentarischen Beratungen stark bekämpft worden. Es soll angeblich gegen Vertragstreue und Vertragsehrlichkeit verstossen, wenn jemand Verpflichtungen eingeht, von denen er sich späterhin wieder lossagen kann. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Wenn jemand im Rahmen der Wohnungsnot die Notlage der Mieter ausnutzt, dann verschafft er sich persönliche Vorteile. Das ist ein schmutziges Vorgehen. Da aber mit der Überwindung der Wohnungsnot vorerst leider nicht gerechnet werden kann, ist der § 1 des Reichsmietengesetzes unentbehrlich!

-----

SPD. Die deutsche Wirtschaft hat während des verfloßenen Jahres eine kräftige Stütze in der guten ausländischen Wirtschaftslage gehabt. Leider ist auch im Ausland eine Abflachung der Konjunktur festzustellen. Nach dem Institut für Konjunkturforschung hat die Konjunkturbewegung im Ausland ihren Höhepunkt im allgemeinen überschritten. Die wichtigeren Wirtschaftsgebiete der Welt sind, mit wenigen Ausnahmen, von einem Konjunkturrückgang erfaßt worden, wobei der Tiefstand vielfach noch nicht erreicht ist. Die wenigen Länder, in denen sich die Wirtschaftslage in letzter Zeit auf eindeutig günstigem Stand behauptet oder gebessert hat, nehmen nur etwa 1/5 der deutschen Ausfuhr auf. Die Verschlechterung der ausländischen Wirtschaftslage bedeutet für Deutschland in den nächsten Monaten einerseits eine Belastung der Güterseite (verschärfte Konkurrenz auf den Auslandsmärkten), andererseits freilich die Möglichkeit einer Entlastung auf der Geldseite (erleichterte Aufnahme von Auslandskrediten bei fortschreitender Entspannung der ausländischen Geldmärkte). In diesem Zusammenhang stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, dass die Länder mit einem eindeutig günstigen Wirtschaftsstand an der Versorgung Deutschlands mit Auslandsanleihen kaum beteiligt sind.

Hier ist aber eine wichtige Ausnahme zu konstatieren. Diese Ausnahme ist Frankreich mit einer anhaltend günstigen Wirtschaftslage und mit äusserst flüssigen Geldmärkten.

Innerhalb der einzelnen Länder ist die Konjunktorentwicklung keineswegs einheitlich. In allen Ländern wird jedoch die Situation für die Landwirtschaft als äusserst ungünstig hingestellt.

-----

SPD. In der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin hat vor einigen Tagen ein neuer Mann, namens Lubimow, seinen Einzug gehalten. Lubimow hat anscheinend in Berlin eine besondere Mission zu erfüllen. Vorläufig erfährt man, dass die sowjetrussische Handelsvertretung in Berlin von Grund auf rationalisiert werden soll. Das bedeutet, schätzungsweise, die Entlassung von Angestellten und Arbeitern im Umfang von 25 bis 30 %.

Die sowjetrussische Handelsvertretung hat schon eine gründliche Rationalisierung notwendig. Kenner der Handelsvertretung versichern, dass der Betrieb stark übersetzt sei; jedoch muss man berücksichtigen, dass sich sehr viele Personen als Arbeiter und Angestellte in der Handelsvertretung herumtreiben, die mit der eigentlichen Aufgaben der Handelsvertretung nichts zu tun haben. Es handelt sich um Protektionskinder der kommunistischen Partei, die von der Handelsvertretung Lohn und Gehalt beziehen. Auf diese Weise zahlt Moskau Subventionen an die kommunistische Partei Deutschlands. Wenn Lubimow, der neue Mann, hier mal aufräumen wollte, würde das der eigentlichen Aufgabe der sowjetrus-

sischen Handelsvertretung sehr zustatten kommen. Wir befürchten aber -- und diese Befürchtung wird auch von anderen Kreisen geteilt --, dass man die Rationalisierung in der sowjetrussischen Handelsvertretung nach parteipolitischen Gesichtspunkten betrieben wird, d.h. alles was stalintreu ist, wird weiter in der Handelsvertretung bleiben, was aber nicht stalintreu ist, wird der Rationalisierung zum Opfer fallen, gleichgültig, ob diese Leute zu gebrauchen sind oder nicht.

Wie man wissen will, soll Lubimow auch Vollmachten für neue Aufträge an die deutsche Industriemit nach Berlin gebracht haben. In Fachkreisen verspricht man sich aber von diesen Aufträgen fürs erste nichts. Russland braucht, wenn es Aufträge grösseren Stils vergeben will, langfristigen Kredit. Dafür können die noch immer gedrückten deutschen Kapitalmärkte fürs erste nicht zu sehr in Anspruch genommen werden. Wie stark das Kreditbedürfnis Russlands ist, beweisen die Gerüchte, wonach die Russen abermals in Kreditverhandlungen mit Londoner Bankhäusern stehen.

SPD. Zwischen der Preussischen Elektrizitäts A.-G. (Preag) und den zuständigen Stellen schweben Verhandlungen, wonach der Elektrizitätsverband Weissenfels-Zeitz an die Preag angeschlossen werden soll. Es handelt sich dabei um ein Objekt von rund 6 Millionen Mark.

SPD. Am Donnerstag haben neue Verhandlungen im sogenannten Zigarettenstreit stattgefunden. Es handelt sich dabei um die Proteste des Handels gegen eine Verkürzung der Handelsgewinne, die von der Zigarettenindustrie unter Berufung auf die erhöhten Tabaksteuern vorgenommen worden sind. Am Donnerstag wurde eine Teileinigung erzielt, z.B. dahin, dass die Rabattstaffel verbessert wird. Ausserdem versprach die Zigarettenindustrie, den Ausgangsrabatt von 7 auf 8 % zu erhöhen, sofern die Kontingentsfrist, die bis jetzt auf 5/4 Jahr festgesetzt worden ist, auf 5 Jahre verlängert wird. Für die Durchsetzung dieser Forderung im Reichstag soll sich, wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, der demokratische Abgeordnete Brüll stark gemacht haben. Durch das Versprechen eines höheren Rabatts will die Zigarettenindustrie ohne Zweifel den Handel vor seinen Wagen spannen und Herr Brüll begünstigt durch seine Versprechungen ein privates Monopol, das der Handel ebenso zu fürchten hat wie der Verbraucher.

Die Kontingentierung bedeutet Privatmonopol in der Zigarettenindustrie. Die Sozialdemokratie hat sich nur widerwillig für die Kontingentierung entschieden und zwar, weil sie Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches nehmen musste. Eine Verlängerung der Kontingentsdauer von 5/4 Jahren auf 5 Jahre ist aber abzulehnen. Die Zigarettenindustrie erzielt derartig hohe Gewinne, dass sie Konzessionen an den Handel aus eigener Tasche zahlen kann, ohne auf eine Verlängerung der Kontingentsdauer zurückzugreifen.

SPD. Eine Berliner Zeitschrift, die sich besonderer Förderung in den Kreisen der Metallindustrie erfreut, veröffentlichte am Donnerstag die Nachricht, dass die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) 300 Triebwagen, sogenannte Schützenwagen wegen technischer Mängel aus den Verkehr ziehen musste. Dadurch sei ein grosser Schaden entstanden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Zahl von 10 - 15 Millionen Mark genannt.

Die Schützenwagen wurden im vorigen Jahr in Verkehr gestellt. Sie bedeuten technisch und konstruktiv gewichtige Neuerungen, was besonders daraus her-

vorgeht, dass sich die Reisegeschwindigkeit pro Stunde von 15 auf 19 Kilometer erhöht. Die höchste Geschwindigkeit der Wagen mit Schützen (kleine elektrische Apparate, Relais) beträgt 40 Kilometer. Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, haben sich an den Wagen Unzulänglichkeiten in der Bremsvorrichtung und in der elektrischen Ausrüstung herausgestellt. Dadurch wurden Umbauten notwendig. Diese sind bereits an 50 Wagen vollzogen, die wieder einwandfrei fahren. Von einer Beseitigung der elektrischen Ausrüstung in den Wagen und Verwendung derselben nur als Anhänger - was allerdings ein grosser Schaden bedeuten würde - kann gar keine Rede sein. Die Umbaukosten haben auch die Lieferfirmen zu tragen. Die Kosten selbst machen nach Ansicht von Fachmännern insgesamt 300 000 Mark aus.

SPD. Nach einer vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Darstellung betragen die Steuerrückstände bis zum 1. Oktober 1929 657 Millionen Mark. Im einzelnen ergibt sich folgende Entwicklung:

	1.10.1929	1.10.1928	1.10.1927
	(in Millionen Reichsmark)		
<u>Besitz- und Verkehrssteuer</u>	548	508	499
davon Einkommensteuer	222	221	200
Körperschaftssteuer	93	67	49
Vermögenssteuer	44	33	48
Erbschaftssteuer	63	58	57
<u>Zölle- und Verbrauchssteuern</u>	109	113	133
alle Reichssteuern	657	621	612

Das Anwachsen der Steuerrückstände ist in erster Linie auf das Anwachsen der Steuererträge, und, was allerdings bis 1. Oktober 1929 weniger in Erscheinung trat, auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage zurückzuführen. Der prozentuale Anteil der Rückstände ist zurückgegangen, während die gesamten Rückstände im Jahre 1927 = 18,2 % der im ersten Halbjahr aufgekommenen Steuererträge ausmachte, betragen sie im Jahre 1929 = 18 %. Die Beitreibung der Steuern durch die Finanzämter hat sich etwas verbessert.

Die schnelle Einziehung der Rückstände und die Beschränkung der Stundungen auf das unbedingt notwendige Mass bleibt nach wie vor eine wichtige Forderung, die umso mehr berechtigt ist, als die Lohn- und Gehaltsempfänger durch den Quellenabzug gezwungen werden, ihre Steuern ohne jeden Aufschub zu entrichten. Das hat besondere Bedeutung für die Tabaksteuer, die Biersteuer und die Zuckersteuer, bei denen die Stundungsfristen zum Teil noch so reichlich bemessen sind, dass die Hersteller den Steuerbetrag von ihren Abnehmern wesentlich früher erhalten, als sie ihn an die Steuerverwaltung abzuführen brauchen. Alles in allem wird man aber die Rückstände kaum um mehr als 100 Millionen vermindern können, sodass jedenfalls aus der Verschärfung der Steuerbeitreibung für die Etat- und Kassensanierung des Reichs nicht die hohen Beträge erwartet werden können, mit denen man hie und da in der Öffentlichkeit rechnet.

SPD. Die Bank von Frankreich hat am Donnerstag ihren Diskont von  $3\frac{1}{2}$  auf drei Prozent und ihren Lombardsatz von  $5\frac{1}{2}$  auf  $4\frac{1}{2}$  Prozent herabgesetzt.

Stützungskäufe dauern an.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Januar.)

SPD. Auch an der Berliner Produktenbörse vom Donnerstag wurden die Stützungskäufe für Roggen fortgesetzt und das gesamte Angebot an effektivem Material zu letzten Preisen aus dem Markt genommen. Der Weizenmarkt litt unter den schwächeren Auslandsmeldungen, denen auch ermässigte Auslandsofferten folgten. Das ausreichende Angebot fand jedoch nur schwer Aufnahme bei den Mühlen, die lediglich zu ermässigten Preisen Käufe tätigten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren Weizen- und Roggennotierungen um etwa  $1\frac{1}{2}$  -  $2\frac{1}{2}$  Mark rückläufig. Erstmalig wurden heute Julilieferungen notiert, die beim Weizen gegenüber der Mainotiz ein Aufgeld von 8 Mark, beim Roggen von 2 Mark bedingten. Das Mehlgeschäft lag weiter vollkommen danieder, obwohl die Mühlen ihre Forderungen um ca. 25 Pfennig ermässigt hatten, zeigte sich keinerlei Kauflust. Auch Hafer hatte sehr matte Tendenz. Das Angebot ist weiter reichlich, jedoch wollen die Käufer nur zu niedrigen Kursen Ware aufnehmen. Es kamen nur wenig Umsätze zustande.

	29. Januar	30. Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	243 - 246	241 - 244
Roggen	160 - 163	160 - 163
Braugerste	170 - 180	168 - 178
Futter- und Industriergerste	147 - 158	145 - 155
Hafer	130 - 140	128 - 138
Loco Mais Berlin	166	165
Weizenmehl	29,00-35,00	29,00-35,00
Roggenmehl	21,75-24,75	21,50-24,75
Weizenkleie	9,50-10,00	9,00- 9,75
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März  $257-256\frac{1}{2}$  (Vortag  $258\frac{1}{2}$ )  
Mai  $269-268\frac{1}{2}$  und Brief ( $270\frac{1}{2}$ ), Juli  $277-266\frac{1}{2}$  Brief (-). Roggen März 179 (181),  
Mai 188-186 (188), Juli 190-188 (-). Hafer März 143 (145), Mai  $150\frac{1}{2}$  (153), Juli 155 (-).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab Märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,10, rote und Odenwälder blaue 1,90 bis 2,30, Nierenkartoffeln 3,70 bis 4,10, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,60 bis 2,90 Mark. Kein Geschäft. Fabrikkartoffeln 8 bis 9 Pfg. je Stärkeprozent.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 15 Pfennige ab 31. Januar (unverändert).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 30. Januar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 9

Berlin, den 30. Januar 1930.

## Frauzünfte im Mittelalter.<sup>x</sup>

SPD. Erst die neueste Zeit hat scheinbar den Frauen in den Berufsorganisationen selbständige Rechte gegeben. Scheinbar nur, denn tatsächlich waren die Frauen des Mittelalters, sehr im Gegensatz zu denen des 17. Jahrhunderts und der Folgezeit ausserordentlich stark am Zunftleben beteiligt. Ja, wir haben sehr eingehende Nachrichten darüber, dass es bereits seit dem 13. Jahrhundert ganze Frauzünfte gegeben hat. Der Anteil der Frau am Leben des Handwerks beschränkte sich schon in den ältesten Zeiten nicht etwa nur auf gelegentliche Mitarbeit an der Tätigkeit des Mannes im Hause, sondern die Frauen waren in gewissen Gewerben vollkommen selbständig tätig, waren also Meisterinnen, beschäftigten Gesellinnen und bildeten Lehrlinge (Lehrtöchter) aus. Die Zunfturkunden und Zunftrollen legen hiervon deutlich Zeugnis ab, und die heute zum Teil noch vorhandenen Einschreibebücher einzelner Zünfte haben die Namen dieser Lehrherrinnen und Lehrtöchter noch überliefert. Alle diese Quellen tun dar, wie stark die Frauen jener Zeiten am Gewerbeleben beteiligt waren. Erst das sechzehnte Jahrhundert, das die Axt an die Wurzel der Zünfte (Innungen) legt, beginnt auch die Frau aus dem Gewerbeleben zurückzudrängen. Und als gar der dreissigjährige Krieg das gesamte deutsche Wirtschaftsleben vernichtete, war es mit der Selbständigkeit der Frau darin überhaupt aus. Bis ins neunzehnte Jahrhundert hat die Frau dann im Wirtschaftsleben keine Rolle mehr gespielt.

Der älteste Nachweis über die Tätigkeit einer Frau im Handwerk stammt aus Basel, wo der Rat der Stadt schon im Jahre 1226 in der Bestätigung der Kürschnerzunft ausdrücklich bekannt gibt, dass die Bestimmungen auch auf Frauen Bezug haben. Und im Jahre 1271 bestimmt der Bischof Heinrich von Basel, dass die Ordnung, die er den Zünften der Maurer, Gipser, Zimmerleute, Fassbinder, Wagner, Wanner (Getreidewannenmacher) und Drechseler gibt, auch für die Frauen gelten solle, die nach dem Tode ihrer Männer dies Gewerbe weiter ausüben wollen. Ebenso verordnete das Stadtbuch von Augsburg im Jahre 1276, dass Söhne und Töchter ein Handwerk erlernen dürften. Eine Einschränkung wird nicht gemacht. Zieht man auch noch die Bestimmungen des Bischofs von Basel hinzu, so erkennt man, dass selbst so schwere Handwerke wie das der Maurer von Frauen ausgeübt wurden.

Im allgemeinen jedoch waren die Frauen vor allem in leichteren Gewerben als selbständige Meisterinnen tätig. Dahin gehörten in erster Linie die Garnmacherinnen. So haben wir denn in Köln eine eigene Garnmacherinnenzunft, über deren Organisation der Rat eigene Bestimmungen erliess und wiederholt erneuerte. (1397 bis 1502). Die Vorliebe jener Zeit für vornehme und besonders Goldgewebe liess namentlich im Westen die Innungen der Goldspinnerinnen entstehen. Auch hier ging Köln voran. Diese Goldspinnerinnen stellten die Goldfäden her, die zum Sticken und zur Herstellung von Brokat verwendet wurden. Meistens handelte es sich bei diesen Meisterinnen um Frauen von Goldschlägern, die zusammen mit den Goldschmieden eine Zunft bildeten. Auch hier regelte der Magistrat der Stadt Köln die Verhältnisse (Lehrlingsannahme, Prüfungen, Gesellenwesen, Art der Arbeit, Strafen usw.) dieser Goldspinnerinnen-Zunft von sich aus, wie es bei den Garnspinnerinnen geschehen war. Ganz in gleicher Weise erfolgte die Zunftordnung bei den Seidenweberinnen (die auch Seidmacherinnen hiessen). Auch sie hatten das Recht, Lehrtöchter anzunehmen, und es ist bezeichnend, dass gera-

de für die bisher genannten Gewerbe sogar die vornehmsten Familien ihre Töchter in die Lehre gaben, die in einzelnen Fällen nicht weniger als sieben Jahre dauerte. So berichtet der aus dem vornehmsten Köllner Hause stammende Jurist von Weinsberg, dass seine Schwester für sieben Jahre in die Seidweblehre gegeben worden sei.

Die bisher genannten Gewerbe scheinen freilich die einzigen gewesen zu sein, die selbständige Frauenzünfte gehabt haben. In den allermeisten Fällen waren die Frauen, soweit sie selbständige Handwerksmeisterinnen waren, zugleich Mitglieder der Männerzünfte, sodass man also von gemischten Zünften sprechen kann. Als solche werden genannt die des Textilgewerbes, also der Garnzieher, der Wollweber, der Decklaken- und Scharzenweber (also der Bettlaken- und Wolldeckenweber), der Leinenweber. Das Bekleidungsgewerbe zählt in seinen Ordnungen ebenfalls Frauen auf. Die Ordnung der Schneider, Seidensticker und Gewandscheerer nennt ausdrücklich Frauen als gleichberechtigte Mitglieder der Innungen. Das Gleiche galt für die Buntwörterinnen (Kürschnerinnen) und die Wappenstickerinnen. In der Lederverarbeitung werden Frauen in der Taschenmacher-, der Beutelmacher- und der Gürtelmacher-Innung mit genannt. Aber auch das Nahrungsmittelgewerbe zählt Frauen als gleichberechtigt in den verschiedensten Zweigen auf Gärtnerinnen, Fleischerinnen, Bäckerinnen und sogar Brauerinnen erscheinen da.

Aus den anderen Gewerben seien genannt die Bader, die Barbier, die Nadelmacher (Nädler) und die Böttcher, aber auch die Lohgerber, die Russfärber (die nur in Leder arbeiteten und ein sehr weiches und dichtes Leder färbten, das zu Schuhen und für Kopfbedeckungen verarbeitet wurde), die Buntmaler, die Felle aller Art, besonders von Schafen und Eichhörnchen, verarbeiteten, die Barchentweber, die Bernsteindreher, Sattelmacher, Kistenmacher, Rademacher usw. usw. Kurz es gab kaum ein Gewerbe, in dem die Frauen nicht entweder als selbständige Meisterinnen - auch unverheiratet - tätig sein oder doch wenigstens als Gehilfinnen ihres Mannes oder als Witwen sein Gewerbe fortsetzen durften, solange sie sich nicht wieder verheirateten. Ueberall war es gestattet, dass die Frauen als Hilfsarbeiterinnen beschäftigt wurden, wenn auch diese Beschäftigung der Ordnung durch den Magistrat unterlag. Bezeichnend sind die Bestimmungen, die auf schlechte Arbeit eine besondere Strafe legten. Hier ging die Kleinigkeitskrämerei so weit, dass z.B. die Bleicherin, der durch Wiegen nachgewiesen werden konnte, dass sie ihre Arbeit nicht sauber genug ausgeführt hatte, sechs Schilling Strafe zahlen musste. Im Handel stand der Frau so ziemlich jedes Gebiet offen. Hier treffen wir sie als Fischhändlerinnen, Krämerinnen, Hökerinnen; kurz überall; sogar als Eisenhändlerinnen werden sie erwähnt. Auch als Schnallenmacherinnen (Senklerinnen). Selbst als einzelne Gewerbe dazu übergingen, sich einen religiösen Charakter beizulegen, und Bruderschaften wurden, erhielten die Frauen die Erlaubnis, sich darin zu betätigen.

Das Verbot der Frauenarbeit taucht zuerst bei den Filzhutmachern Kölns im Jahre 1378 auf. Hier war es aber noch, wie bei den Schneidern Lübecks, beschränkt. Dagegen wurden im Jahre 1494 die Frauen aus dem Gewerbe der Harnischmacher vollkommen ausgeschlossen. Das hing damit zusammen, dass dies Gewerbe fast gar keine Bedeutung mehr hatte. Eine ausführliche Begründung dafür, dass man Frauen später ganz und gar aus jedem Gewerbe ausschloss, haben wir aus dem Jahre 1688. Da heisst es bei Adrian Beier (der Lehrjung), der Frau stehe die Leitung der Familie unter der Oberleitung des Gatten zu. Es sei ihrem Geschlecht angemessener, sich um die Küche zu kümmern und den Durchschlag zu handhaben, zu waschen usw., als sich um andere Dinge zu kümmern. Wenn die Frauen sich unter die Männer mischten, geschehe das nicht ohne Gefahr für ihre Sittlichkeit. Auch seien sie von den öffentlichen Aemtern ausgeschlossen. Ferner könnten sie, um das Gewerbe vollkommen zu erlernen, nicht, wie erforderlich, auf die Wanderschaft gehen. Sie würden mit einem Verdacht an ihrer Sittsamkeit und Bescheidenheit zurückkommen. Denn ein deutsches Sprichwort sage: "Von ungewanderten Junggesellen und gewanderten Jungfrauen wird beiderseits wenig gehalten. Leiten, Vorstehen und Beschützen sei dem Manne vorbehalten. Weshalb also sollten die Frauen ein Handwerk lernen, wenn sie doch nur Gesellen bleiben müssten?"

Dr. K. Müller.

## Anneliesels Traum.<sup>x</sup>

SPD. "Noch eine Geschichte aus dem Kriege, Schwester Martha!" bat die junge Patientin mit der sensationslüsternen Neugier aller derer, die seinerzeit als neutrale Zuschauer die grosse Weltkatastrophe aus der Ferne mit angesehen hatten und sich nun nicht satt hören konnten an den Erzählungen der anderen, die mitten im Gedränge der Ereignisse auf der Bühne des Lebens selbst gestanden hatten.

"Noch eine Geschichte aus dem Kriege?" wiederholte die junge deutsche Pflegerin nachdenklich. "Nun ja, mir fällt schon noch eine ein, wenn auch nicht gerade aus dem Felde, so doch aus dem Kriege."

Es war im Frühling des Jahres 1917, nach jenem schrecklichen Winter, den man in Deutschland den Kohlrübenwinter nannte, und der vielleicht einst in der Geschichte diesen Namen führen wird. Heute in der Rückerinnerung erscheint es meinen Geschwistern in Berlin noch unbegreiflich, wie sie es damals machten, um satt zu werden, denn in den Grösstädten erhielt man damals ausser der knapp zugemessenen Portion an Brot und Kartoffeln und der ganz minimalen an Fleisch tatsächlich kaum etwas anderes als die ominöse Kohlrübe und auch diese oft nur halb verfault und erfroren. — Ich war im März aus dem Felde zurückgekehrt, wieder daheim in unserem kleinen Städtchen an der pommerschen Ostseeküste und hatte meinen alten Platz auf der Kinderstation unseres städtischen Krankenhauses wieder eingenommen. Anfang April wurde uns eine kleine, schwerkranke Patientin eingeliefert, ein fünfjähriges Berliner Mädelchen, das die Mutter, eine Kriegervrouw in bedrängten Verhältnissen, nach Pommern zu ihrer Schwester gegeben hatte damit diese es ihr ein wenig "auffuttere". Nach wenigen Tagen aber war der kleine Gast am Scharlachfieber erkrankt, und als wir es bekamen, war das Kind in hoffnungslosem Zustand. Schwerste Form der Krankheit, dazu als Komplikation noch Gelenkentzündung und ein völlig unernährtes, widerstandsloses Körperchen! Es war leicht wie eine Flaumfeder und erinnerte mich mit seinen abgemagerten Gliederchen und den hervortretenden Rippen an einen aus dem Neste gefallenen, verhungerten Sperling. Wir hatten das Kind von Anfang an aufgegeben; aber ein Wunder schien zu geschehen: es überstand die Krise und fing an, sich unter der sorgfältigen Pflege, die wir ihm angedeihen liessen, zu erholen. — Nie werde ich den Morgen vergessen, an dem es zum ersten Male ganz fieberfrei seine braunen Augen zu mir aufschlug, als ich ihm das Becherchen an die Lippen setzte, und es mit schwachem Stimmchen, aber einem süssen Lächeln, aus dem ein kleiner Schalk blitzte, sagte: "Na, aber sooo'ne gute Milch!"

Von nun ab nahm es gierig und fröhlich, was ich ihm an leichter und kräftiger Nahrung einflösste, und quittierte jedes Süppchen und jedes Breichen mit einem dankbaren, tiefgeseufzten "Ach, fein!" Etwas Köstlicheres habe ich wohl nie gesehen als dies Aufleuchten des fast verlöschten Lebensflämmchens. Kaum war das elende Körperchen nur einigermaßen zu Kräften gelangt, da begann der kleine, muntere Geist sich zu regen und umherzuspähen, wo er etwas zum Freuen und zum Lachen fand. Denn das Lachen war Anneliesels Hauptkunst. Etwas Süsseres kann man sich nicht vorstellen als dieses Kindes Lachen. Es war ganz leise und fein und klang wie die kleinen, tröpfelnden Tönchen einer Spieluhr. Eine Gelegenheit, es erklingen zu lassen, bot sich oft genug am Tage. Ein Sonnenstrahl, der sich in einem Glase brach und einen Regenbogen auf die Bettdecken malte, ein Spiegelreflex, den ich an der Decke und an den Wänden entlang tanzen liess, ein zutraulicher Spatz, der vom Fensterbrett Brosamen pickte, das alles war "soo ulkig" und "zum Totlachen", dass die kleine Spieluhr zu klingen begann.

Als die Besserung fortschritt, hatte ich einige Mühe, das lebhaftes Kind im Bett ruhig zu halten, denn der Arzt hatte noch für lange Zeit Stillliegen verordnet und heftige Bewegungen verboten. So griff ich zum bewährten Mittel des Geschichtenerzählens und hatte damit den grössten Erfolg, besonders mit den heiteren und spasshaften Geschichten, die alle "sooo ulkig" und "zum Totlachen"

waren. Einmal war ich auf den Gedanken gekommen, eine Geschichte als einen Traum von mir einzukleiden, und seitdem fragte mich Anneliesel jeden Morgen, wenn ich ins Zimmer trat: "Schwester Martha, was hast du geträumt?"

Eines Morgens aber, als ich das Kind schon ganz munter im Bettchen sitzen fand, rief es mir statt der üblichen Frage lebhaft erregt entgegen: "Och, Schwester Martha, heute habe ich aber was geträumt, sooo was Ulkiges, zum Totlachen!"

"Na, dann erzähl man, Anneliesel," sagte ich und ging nach der Toilette, um sein Waschschüsselchen zu holen. Und das Kind erzählte: "Weisste, Schwester Martha, ich war in Berlin, das habe ich geträumt, und da hab' ich sooo grossen Hunger gehabt, und da war's auf einmal gar nicht Berlin, und da war 'ne grosse Wiese auf der Strasse, und da lag ein grosses Brot mitten auf der Wiese. Da rannte ich hin und wollt's holen und Mütti bringen, da war's auf einmal ein Stein. Ist das nicht. 'ne ulkige Geschichte?"

Mir schnitten die Worte des Kindes ins Herz, das in seiner Unschuld nicht ahnte, wie traurig seine Traumgeschichte doch war. Und es tat mir ordentlich weh, sein Lachen zu hören, das diesmal gar kein Ende zu nehmen schien und beinahe etwas krampfhaftes hatte. Ich stellte die Schüssel hin und ging auf das Bett zu. Aber ehe ich es erreichte, sank das Kind in die Kissen zurück, und das Uhrwerk dieses kleinen Lachens, das Uhrwerk dieses kleinen Lebens, sie standen mit einem Schlage still. --

Elsa Wolff.

---

### Verschnupft.<sup>x</sup>

---

SPD. Ein Schnupfen, so belanglos er auch meistens verläuft, bedeutet für viele Menschen eine Katastrophe. Das bekannte "Brett vor dem Kopf", der dumpfe Druck, Atembeschwerden und trockener Mund während des Schlafs, angegriffene Augen und nicht zuletzt die Unannehmlichkeit, dass man seine Umgebung infiziert, machen für die meisten Menschen einen Schnupfen höchst peinlich.

Es braucht nicht in jedem Falle so schlimm zu kommen. Man kann einem heranahenden Schnupfen energisch zu Leibe rücken durch Jodoformwatte, Salzwasserspülungen, Dampfbäder, Sonnenbad und viel Luftwechsel. Aber in den meisten Fällen ist die Infektion doch nicht mehr ganz zurückzudämmen, und es kommt zu einem ausgiebigen Gebrauch des Taschentuchvorrats.

Bei Licht betrachtet, ist das Taschentuch aber geradezu der denkbar ungeeigneteste Gegenstand zur Bekämpfung eines Schnupfens. Im Taschentuch fängt man die Bazillen auf und steckt sich selbst und andere immer wieder damit an, während man das Tuch zu neuem Gebrauch auseinander faltet. Selbst wenn man jede Stunde ein frisches Tuch nähme, würde die Taschentuchsitte immer noch unhygienisch und unästhetisch bleiben.

In China benutzt man Seidenpapier zum Naseputzen. Das Papier wird nur einmal gebraucht und dann fortgeworfen. Auch das ist noch keine ideale Lösung der Frage. Denn die umhergeworfenen Schnupfenpapiere verseuchen die Strasse. Aber wir können den Weg weiter gehen und das benutzte Schnupfenpapier verbrennen. Es braucht ja nicht jedes Papier immer sofort nach dem Gebrauch verbrannt zu werden. Man sammelt die Papiere etwa über Tag in einer Tüte und verbrennt das Ganze abends. Statt Seidenpapier ist die billige Zellstoffwatte empfehlenswert; sie ist aufsaugfähiger, aseptischer und weicher. Für Spaziergänge kommt in die eine Tasche eine Tüte mit frischen Zellstoffwattestückchen, in die andere die Tüte, um die gebrauchten aufzunehmen. Man spart auf diese Art der Hausfrau nicht nur einen Haufen unappetitlicher Wäsche, sondern auch die Sorge um weitere Schnupfenfälle in der Familie, denn die Ansteckungsgefahr ist auf diese Weise natürlich weit geringer. Auch das häufige und schmerzhaftes Wundwerden der Schnupfennase wird beim Gebrauch der weichen, keimfreien Zellstoffwatte vermieden.

Anni Weber.

## Haut und Hautpflege.<sup>x</sup>

---

SPD. Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Hautpflege erfasst in unserm Zeitalter des Sports und der Körperkultur immer weitere Kreise. Trotz allem wird immer noch zu wenig Hautpflege getrieben, denn die menschliche Haut als der Teil des Körpers, der am innigsten mit der grössten Oberfläche mit der Aussenwelt in Berührung kommt, besitzt eine biologische Bedeutung, deren Tragweite noch gar nicht abzuschätzen ist. Je grösser die Masse eines Organs ist, als desto bedeutender müssen wir seine Funktionen für den Gesamtorganismus ansehen. So ist zum Beispiel die Leber, die grösste Drüse unsres Körpers und zugleich unsre wichtigste Entgiftungsdrüse, ein mässiges Organ von über drei Pfund Gewicht.

Noch erstaunlicher jedoch sind die Zahlen, die uns in dieser Hinsicht die Haut des Menschen liefert. Sie macht beim erwachsenen Menschen etwa 13 % des Gesamtgewichtes des Körpers aus, während die Leber nur 0,3 % des Gesamtgewichtes einnimmt. Die Haut eines erwachsenen Menschen von 75 kg wiegt nicht weniger als 10 kg. Die Haut hat mannigfache lebenswichtige Funktionen zu erfüllen: an ihr reguliert sich der Wärmehaushalt des Körpers; sie dient als Ausscheidungsorgan für zahlreiche Stoffe, deren Verbleiben im Körper höchst schädlich wirken würde, und schliesslich arbeitet sie, um nur noch eine Aufgabe zu nennen, als Aufnahmeorgan für die zahlreichen unsichtbaren Strahlungen, die auf uns einwirken. Schon allein das Gefühl der Frische, das jeden nach einem Bade überkommt, sollte uns die Bedeutung der Haut für den ungestörten Ablauf der Funktionen unsres Organismus klar machen. Hautpflege ist nicht nur ein Erfordernis der elementarsten Reinlichkeit, sondern wirkt sich auch auf die tieferen Organe aus. Eine systematische Hautpflege ist in der Tat imstande, Krankheiten zu verhüten, die sonst durch Zurückhaltung gewisser schädlicher Stoffe im Körper entstehen können.

Curt Biging.

---

## Puritanische Kindererziehung.<sup>x</sup>

---

SPD. In der Zeit des Puritanismus hatten die Kinder in England nichts zu lachen. Z.B. war es ihnen verboten, Märchen und Wundergeschichten zu lesen. Man gab ihnen moralische Erzählungen in die Hand, die vor Trockenheit und Langeweile krachten.

Ein damaliger Geistlicher, James Janeway, war Spezialist für Kinderliteratur. Es ist heute immerhin erheiternd, seine Machwerke zu lesen. So schreibt der fromme Mann in einem Vorwort an die Eltern: "Denkt daran - Euer Kind ist niemals zu jung, um zur Hölle zu fahren!"

Die Kapitelüberschriften in diesem Buche geben ein bezeichnendes Bild seiner pädagogischen Bemühungen. Da heisst es z.B.: "Die Geschichte von einem Kinde zwischen 2 und 3 Jahren, das auf wunderbare Weise vom Wort Gottes berührt wurde, und eine kurze Beschreibung seines Todes." Oder: "Die Geschichte eines offensichtlich lügenhaften Kindes, das wegen Bettelei eingesperrt und auf wunderbare Weise bekehrt wurde. Sein Leben in Gott und sein freudiger Tod im Alter von 9 Jahren."

Die Zeiten haben sich geändert - auch in England. a.u.

---

## Das Wunder der Wochenschau.<sup>x</sup>

---

SPD. Selbst in unserer Welt der Technik, der rollenden Räder und surrenden Maschinen geschehen noch Dinge, die in das Gebiet des Märchenhaften, Unwahrscheinlichen zu gehören scheinen, obwohl ihre Ursache oft genug gerade die Technik selbst ist, wie es neulich in England der Fall war. In einem Glasgower Kino wurde ein Filmstreifen vorgeführt, der die Katastrophe der "Vestris" zeigte. Da ertönte plötzlich im Publikum ein schriller Schrei. "Halt! Halt!" schrie eine Frau, sprang auf und gebärdete sich wie wahnsinnig.

Das Kinopersonal strömte herbei; die Lichter flammten auf; das Publikum fragte erregt, was denn los sei. Die Frau aber, die den Tumult verursacht hatte keuchte: "Mein Sohn, mein Sohn!"

Und dann erzählte sie, dass sie ihren Sohn seit vielen Jahren nicht mehr gesehen und auch gar nicht gewusst hätte, dass er noch am Leben gewesen sei. Nun aber habe sie ihn im Film wiedergesehen. Er sei unter den Geretteten gewesen! Sie bäte die Leitung des Lichtspieltheaters, den Film noch einmal zu wiederholen; sie wolle ihren geliebten Jungen noch einmal wiedersehen. Man kam ihrem Wunsche unter dem donnernden Beifall des Publikums nach. An diesem Abend erlebte eine glückliche Mutter die Wahrheit, dass auch in unserer mechanisierten Welt noch Wunder geschehen.

---

SPD. Ein verunglückter Trinkspruch.<sup>x</sup> Eine vergessene galante Anekdote, die noch das Entzücken unserer Grossväter bildete, und bei der unsere Grossmütter, als sie noch jung waren, erröteten, sei hier wieder aufgefrischt. Es war bei einem grossen Festessen, das von einem führenden Politiker in Berlin veranstaltet wurde. Ein exotischer Gesandter hielt eine kleine Tischrede, in der er die Schönheit der Frauen der ganzen Welt in bunten und beredten Worten pries. Zum Schluss erhob er sein Glas mit den Worten: "Ich trinke auf das schönste Geschlecht beider Halbkugeln!" In diesem Moment erhob sich ein etwas beschwipster junger Engländer, schwenkte sein Glas und rief laut über die Tafelrunde hinweg: "Und ich trinke auf die beiden Halbkugeln des schönen Geschlechts!"

---

SPD. Wettstreit um die Vaterschaft.<sup>x</sup> Zur Bestimmung der Vaterschaft ihres zu erwartenden Kindes wandte Ninon de Lenclos, die grosse französische Amoureuse des 17. Jahrhunderts, eine recht drastische Methode an. Zwei Liebhaber, nämlich der Marschall d'Estrée und der Abbé d'Effiat, durften mit dem gleichen Recht Anspruch auf die Vaterschaft erheben. Ninon liess die Würfel sprechen, wodurch das Kind dem Marschall zufiel und als sein Sohn erzogen wurde. Eine graziöse, spielerische Vorwegnahme dessen, was heute in Oesterreich im Interesse von Mutter und Kind Gesetz geworden ist. Bei der vorläufigen Unsicherheit der Blutgruppenbestimmung wäre unseren Gesetzgebern zwar gewiss nicht die gleiche Methode, aber die gleiche ihr zugrunde liegende Grosszügigkeit der Gesinnung zu wünschen.

---

SPD. Abgeblitzt.<sup>x</sup> "Herr Bomme bot mir seine Hand und sein Vermögen an."  
"Na und?"

"Ich habe abgelehnt. Sie war mir zu gross und es zu klein."

---



# Kunst und Wissen

**UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D**

Berlin, den 30. Januar 1930.

## Die Geschichte eines Attentats.<sup>x</sup>

SPD. Man schrieb den 2. Februar 1905. In den verschneiten Strassen Moskaus herrschte eisige Kälte. Für den Abend war in der Oper eine Aufführung des "Boris Godunoff" mit dem schon damals berühmten Sänger Schaljapin angesetzt. Es war bekannt geworden, dass dieser Aufführung auch der Generalgouverneur und Onkel des Zaren, der in allen liberal denkenden Kreisen stark gehasste Grossfürst Sergius Alexandrowitsch beiwohnen würde.

Gegen 6 Uhr kam in einer einsamen Strasse eine Droschke gefahren. Die beiden Insassen, ein Herr und eine Dame in eleganten Pelzen, schienen nach dem Theater zu wollen. Da der Wagen langsam fuhr, machte sich ein Strassenhändler an ihn heran, der Obst und Zigaretten feil bot. Sein Zuruf veranlasste den eleganten Herrn, das Gefährt anhalten zu lassen. Ein Vorgang, der gar nicht so selten war, und der auch nicht auffälliger dadurch wurde, dass bereits winterliches Dämmerdunkel über Strasse und Häusern lag. Der Herr und die Dame beugten sich über den Korb des Händlers, besahen sich dessen Ware, kauften aber nichts, sondern übergaben diesem ein anscheinend nicht leichtes Paket. Darauf setzte sich das Gefährt wieder in Bewegung und fuhr schnell in der Richtung des Opernhauses weiter.

Wer waren die Herrschaften in dem Wagen gewesen, und was war in dem Paket enthalten?

Nun, der Herr war der aus einer adligen Familie stammende Revolutionär Savinkof. Er bewohnte in einem vornehmen Hotel mit dem Pass und unter dem Namen eines englischen Industriellen mehrere Zimmer und verkehrte zuweilen mit Dora Brillant, der Tochter eines reichen Bankiers. Einer sehr schönen Dame, die sich aus idealen Motiven den Revolutionären angeschlossen hatte. Auf diese beiden und ferner den Sozialrevolutionär Kalijajeff war in der letzten Sitzung das Los gefallen, den brutal regierenden Grossfürsten mittels Bombenwurfs zu ermorden. Diese Bomben waren vormittags von Dora Brillant in deren Zimmer angefertigt worden. Auf Weisung Savinkoffs hin, der seine Freundin dann in der fraglichen Droschke abgeholt hatte. Dora Brillant kannte übrigens das Anfertigen von Bomben und Höllenmaschinen von ihrem früheren Verlobten, dem Studenten Pokotiloff, her, der bei solchen Experimenten den Tod gefunden hatte. Der etwas verlumpte Strassenhändler, dem unterwegs das Paket übergeben wurde, war der Mitverschworene Kalijajeff. Er sollte die Tat kurz vor 7 Uhr in der Nähe der Oper ausführen.

Pünktlich war Kalijajeff zur Stelle; pünktlich raste die Karosse des Grossfürsten heran. Im Schutze der Dunkelheit hatte der Verschwörer die Bomben aus den Umhüllungen geschält und sie unter dem grauen Wachstuch seines Händlerkorbes liegen. Schon griff er nach der ersten, um sie vor das Gefährt des Generalgouverneurs zu schleudern. Doch er hatte Pech; einige Kinder tollten plötzlich an der für seinen Plan ausgedachten Stelle herum, und Kalijajeff hätte die Bombe nicht schleudern können, ohne die Kinder zu gefährden. So viel Gefühllosigkeit brachte er jedoch nicht auf. Er kehrte mit den Bomben nach der unweit der für das Attentat ausersehenen Stelle haltenden Droschke Savinkoffs und Dora Brillant zurück und gab diesen die gefährlichen Dinger zur Aufbewahrung. Man kam überein, das Attentat zwei Tage später auszuführen.

Am 4. Februar gegen Mittag stand der schäbig gekleidete Strassenhändler mit